



Die Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus hat unmittelbare wirtschaftspolitische Folgen. Der britisch-schwedische Pharmakonzern AstraZeneca kündigte an, bis 2030 rund 50 Milliarden US-Dollar in den Ausbau seiner Standorte in den Vereinigten Staaten zu investieren – ein beispielloser Schritt, der direkt auf die protektionistische Wende der US-Handelspolitik unter Trump zurückzuführen ist.

Im Raum steht die Androhung massiver Importzölle von bis zu 200 Prozent auf aus dem Ausland eingeführte Medikamente. In der Absicht, die pharmazeutische Produktion „heimzuholen“, verschärft die US-Regierung den Druck auf internationale Konzerne, in den amerikanischen Markt zu investieren. AstraZeneca reagiert nun mit einer strategischen Neupositionierung – ökonomisch bedeutsam, geopolitisch folgenschwer.

Standortoffensive in Reaktion auf US-Zollpolitik

Die Vereinigten Staaten sind der wichtigste Absatzmarkt für AstraZeneca: 2024 erwirtschaftete der Konzern dort 42 % seines Gesamtumsatzes. Angesichts der protektionistischen Rhetorik aus Washington verfolgt das Management unter CEO Pascal Soriot das Ziel, diesen Anteil bis 2030 auf 50 % zu erhöhen. Eine neue Großfabrik zur Herstellung von Medikamenten gegen Adipositas und Stoffwechselkrankheiten soll in der Nähe von Richmond (Virginia) entstehen – laut Unternehmensangaben das größte Einzelprojekt in der Geschichte des Konzerns. Ergänzt wird dies durch Investitionen in Forschungseinrichtungen in Maryland und Massachusetts sowie in Produktionsstandorte in Texas, Indiana und Kalifornien.

Die Begründung ist eindeutig: Der Konzern wolle „langfristige Planungssicherheit“ in einem „sich wandelnden geopolitischen Umfeld“ sicherstellen – und sich vor „potenziellen regulatorischen und handelspolitischen Risiken“ schützen, wie es in einer Pressemitteilung hieß.

Ein industriepolitischer Trend

AstraZenecas Entscheidung steht nicht isoliert. Zahlreiche große Pharmaunternehmen – darunter Eli Lilly, Roche, Sanofi und Johnson & Johnson – kündigten in den letzten Monaten ähnliche Schritte an. Sie alle folgen einem Anreiz-Mix aus steuerlichen Erleichterungen, staatlichen Förderprogrammen und der Drohkulisse verschärfter Importzölle.

Diese Dynamik entspricht einem neuen Muster der US-Wirtschaftspolitik, das unter Trump an Schärfe gewinnt: Der Versuch, durch ökonomischen Druck und gezielte Anreize industrielle



Wertschöpfung auf amerikanischen Boden zu holen. Die Pharmaindustrie folgt damit dem Muster der Halbleiterbranche, bei der der US-amerikanische CHIPS and Science Act bereits zu milliardenschweren Standortentscheidungen geführt hat.

Europas Innovationsstandort unter Druck

Die Kehrseite dieser Entwicklung zeigt sich in Europa. Während die USA durch industriepolitischen Aktivismus Investitionen anziehen, ringt Europa mit regulatorischer Trägheit und strategischer Uneinigkeit. AstraZeneca hat bereits ein Investitionsprojekt im Vereinigten Königreich in Höhe von 450 Millionen Pfund abgesagt – mit Verweis auf unzureichende staatliche Unterstützung und planungsrechtliche Verzögerungen.

Darüber hinaus wird intern offenbar geprüft, ob der Hauptbörsenplatz von London in die Vereinigten Staaten verlegt werden soll. Ein solcher Schritt wäre nicht nur symbolträchtig, sondern hätte auch spürbare Auswirkungen auf das europäische Finanz- und Innovationsökosystem. Die europäische Arzneimittelagentur EMA, forschungsorientierte Hochschulnetzwerke sowie Zulieferer und Biotech-Start-ups wären mittelbar betroffen.

Geopolitik als Unternehmensstrategie

Der Fall AstraZeneca ist ein exemplarisches Beispiel dafür, wie geopolitische Kräfte zunehmend unternehmerisches Handeln bestimmen. Was früher als langfristige Standortfrage galt, wird heute unter dem Druck nationaler Industriepolitik neu verhandelt. Die Entscheidung, massiv in den USA zu investieren, ist mehr als ein betriebswirtschaftlicher Schritt – sie ist Ausdruck eines strategischen Anpassungsprozesses an ein fragmentierteres, von Machtpolitik geprägtes Welthandelssystem.

Zugleich offenbart sich ein Zielkonflikt: Globale Unternehmen müssen ihre internationale Reichweite mit nationalstaatlichen Erwartungen versöhnen – sei es in Bezug auf Steuern, Arbeitsplätze oder Versorgungssicherheit. In dieser Gemengelage entscheidet nicht nur technologische Exzellenz, sondern auch geopolitisches Fingerspitzengefühl über den unternehmerischen Erfolg.

Die Investitionsoffensive von AstraZeneca könnte als Signal für andere Branchen dienen: In einer Welt, in der wirtschaftliche Entscheidungen zunehmend politisch interpretiert werden, geraten Standortentscheidungen zum Gradmesser unternehmerischer Resilienz.

Autor: P. Tiko